

**AMNESTY INTERNATIONAL** Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.  
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen  
T: +49 7151 28289 . E: [info@ai-el-salvador.de](mailto:info@ai-el-salvador.de)  
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>  
[https://x.com/AI\\_El\\_Salvador](https://x.com/AI_El_Salvador)  
[https://mastodon.social/@ai\\_el\\_salvador](https://mastodon.social/@ai_el_salvador)  
<https://www.instagram.com/elsal.menschenrechte>  
<https://www.youtube.com/@amnestyelsalvadorko>  
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . SozialBank  
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



27. März 2026

## OFFENER BRIEF AN DIE FIRST LADY VON EL SALVADOR

Gabriela Rodríguez de Bukele  
Sehr geehrte First Lady,

in den vergangenen Jahren hat El Salvador einen tiefgreifenden Wandel in seiner Politik der öffentlichen Sicherheit erlebt. Seit 2022 hat die Regierung einige Maßnahmen mit einer legitimen und dringenden Forderung der Gesellschaft begründet: Der Bekämpfung von krimineller Gewalt.

Diese Maßnahmen haben jedoch einen hohen und unnötigen Preis für die Wahrung und Gewährleistung der Menschenrechte gefordert. Sie haben zu einer Schwächung der Rechtsstaatlichkeit, zur Einschränkung grundlegender Garantien – wie dem Recht auf ein faires Verfahren – und zur weitreichenden Verletzung anderer Rechte geführt.

Dieser Brief stellt nicht die Notwendigkeit der Gewaltbekämpfung in Frage, sondern konzentriert sich auf ein konkretes Anliegen: Auf die Menschenrechtslage der Personen, die bis heute ohne Verurteilung oder Freispruch in Haft sind, sowie die ihrer Familien.

Vier Jahre nach der Einführung des Ausnahmezustands und angesichts des [Beginns von Massenprozessen](#) gegen Tausende von Inhaftierten ist es unerlässlich, die Konsequenzen der getroffenen Maßnahmen und der bei ihrer Umsetzung begangenen Exzesse auf die Menschen im Land zu untersuchen.

Diese Konsequenzen zeigen sich unter anderem in der massiven Freiheitsentziehung unter Bedingungen, die auf wiederholte und weit verbreitete Praktiken der Menschenrechtsverletzungen hindeuten.

Besorgnis ist besonders geboten in Fällen, in denen willkürliche Festnahmen im Rahmen von Großrazzien dokumentiert wurden, ohne dass eine individuelle Verbindung der Festgenommenen zu kriminellen Strukturen oder eine Beteiligung an konkret bewiesenen Straftaten nachgewiesen werden konnte.

Wir wenden uns an Sie, weil Ihr öffentliches Wirken mit dem Wohlergehen salvadorianischer Familien verbunden ist und weil Sie in der Vergangenheit eine aktive Rolle beim [Schutz von Kindern](#) und [Familien](#) übernommen haben. Dieses

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



Engagement macht Sie zu einer wichtigen Ansprechpartnerin im Einsatz für diejenigen, die heute als direkte Folge der massiven und willkürlichen Festnahmen mit dem Zerfall ihrer Familien konfrontiert sind.

Wir nehmen die [Bereitschaft zum Dialog](#) zur Kenntnis, die der salvadorianische Staat kürzlich vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) zum Ausdruck gebracht hat, und halten dies für einen geeigneten Zeitpunkt, um dieses Engagement in konkrete, überprüfbare Maßnahmen unter effektiver Beteiligung der Betroffenen umzusetzen.

Offiziellen Angaben zufolge wurden seit Beginn des [Ausnahmezustands mehr als 91.000 Personen festgenommen](#). Die meisten von ihnen befinden sich seit langem in Untersuchungshaft, ohne rechtskräftiges Urteil. Diese Situation verstößt gegen internationale Verpflichtungen des salvadorianischen Staates, insbesondere gegen Artikel 9 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR), der willkürliche Festnahmen verbietet, sowie gegen Artikel 8 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention, der die Mindestvoraussetzungen für ein faires Verfahren garantiert.

Die gravierende Aushöhlung des Rechts auf ein ordnungsgemäßes Verfahren hat direkte Folgen wie die automatische und verlängerte Anordnung von Untersuchungshaft, den Mangel an klaren Informationen über die Anklagepunkte und Beweise sowie die faktische Unmöglichkeit, eine effektive Verteidigung unter vergleichbaren Bedingungen zu führen.

Der Beginn der Massenprozesse verschärft diese Risiken. Die Strafverfolgung von Hunderten von Personen im gleichen Verfahren gefährdet wesentliche Grundsätze von Strafverfahren wie die Individualisierung der Verantwortlichkeit und die Einzelfallprüfung erheblich und schwächt in der Praxis den Zugang zu Gerechtigkeit.

Hinzu kommt die strukturelle Überlastung der Generalstaatsanwaltschaft. Bei nur [165 Pflichtverteidigern](#) angesichts der derzeitigen Zahl der Inhaftierten müsste jeder Verteidiger mehr als 500 Fälle übernehmen. [Diese Situation macht eine angemessene Verteidigung unmöglich](#).

*„Der Anwalt der Staatsanwaltschaft empfängt mich seit Monaten nicht mehr. Er sagt, er wisse nichts, ich solle besser kein Geld dafür ausgeben, ihn zu fragen.“*

Mutter einer unter den Ausnahmeregeln inhaftierten Person, die von Amnesty International interviewt wurde.

Unter diesen Umständen ist es praktisch unmöglich zu gewährleisten, dass jeder Fall in der erforderlichen Zeit, mit den notwendigen Ressourcen und der gebotenen Sorgfalt geprüft wird. Dies beeinträchtigt unmittelbar das Recht der Inhaftierten, ihr Verfahren nachzuvollziehen, die gegen sie vorliegenden Beweise anzufechten und die gegen sie erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen.

El Salvador verzeichnet derzeit die [weltweit höchste Inhaftierungsrate](#) mit etwa 1.659 inhaftierten Personen pro 100.000 Einwohner, was in den Gefängnissen zu einer kritischen strukturellen Überbelegung geführt hat. Die Überbelegung in den Haftanstalten liegt derzeit zwischen 163 % und 300 %. In einigen Haftanstalten werden die 300 % sogar bereits überschritten. Diese Bedingungen sind unvereinbar mit den Mindestgrundsätzen der Vereinten Nationen für die Behandlung von Gefangenen (Nelson-Mandela-Regeln), die verbindliche Mindeststandards in Bezug auf Platzangebot, Ernährung, medizinische Versorgung und menschenwürdige Behandlung festlegen.

Vor diesem Hintergrund haben salvadorianische und internationale Organisationen, darunter Amnesty International, schwerwiegende Mängel beim Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung, unzureichende



Ernährung, Misshandlung und anhaltende Isolationshaft dokumentiert, wodurch Tausende von Familien monate- oder gar jahrelang ohne Informationen geblieben sind.

*„Ich weiß nicht, was sie mit ihm machen, ich weiß nicht, ob es ihm gut geht ... ich will nur wissen, wie es meinem Sohn geht.“*

Mutter einer unter dem Ausnahmezustand inhaftierten Person, interviewt von Amnesty International.

Hinzu kommt eine besonders gravierende Tatsache: [Rund 470 Menschen sind in staatlichem Gewahrsam ums Leben gekommen](#), unter Umständen, die mögliche Gewalttaten und mangelnde medizinische Versorgung einschließen.

Die Folgen dieser Situation beschränken sich nicht auf die Inhaftierten. Sie wirken sich in unterschiedlicher und unverhältnismäßiger Weise auf Frauen aus. Viele Mütter mussten die Versorgung ihrer Familien, einschließlich ihrer vaterlosen Töchter und Söhne, sowie den finanziellen Unterhalt des Haushalts allein übernehmen, während sie aufgrund von Angst, Unsicherheit und fehlenden Antworten eine erhebliche Verschlechterung ihrer eigenen körperlichen und seelischen Gesundheit erleiden. Diese Realität beeinträchtigt tiefgreifend und im Stillen das Leben von Hunderten von Familien im Land.

Hinzu kommt [die kürzlich erfolgte Verabschiedung von Maßnahmen, die die Verhängung von lebenslangen Freiheitsstrafen gegen Personen unter 18 Jahren](#) ermöglichen, was international Besorgnis ausgelöst hat. [Der Ausschuss für die Rechte des Kindes und das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen \(UNICEF\)](#) haben darauf hingewiesen, dass diese Maßnahmen nicht mit den internationalen Standards für Jugendstrafrecht und Kinderschutz vereinbar sind, wonach Freiheitsentzug nur als letztes Mittel und für den kürzestmöglichen Zeitraum angewendet werden darf, wobei ein differenzierter Ansatz gewährleistet werden muss, der auf die soziale Wiedereingliederung und das Wohl des Kindes ausgerichtet ist.

In einer Situation, in der Tausende von Familien bereits Trennung und Unsicherheit erleben müssen, verschärfen solche Maßnahmen die Risiken für die Rechte von Kindern und Jugendlichen und unterstreichen die Notwendigkeit, einem rechtsbasierten Ansatz des umfassenden Kinderschutzes Vorrang einzuräumen.

Die Mütter, die heute nach ihren Kindern suchen und sich für deren Schutz einsetzen, stellen nicht die Notwendigkeit in Frage, dass man in El Salvador in Sicherheit leben kann. Sie fordern lediglich etwas Grundlegendes und Unverzichtbares: Sie möchten wissen, wo sich ihre Kinder befinden, wie es ihnen geht, und sie möchten eine echte Chance haben, ihre Rechte zu verteidigen.

Dies ist keine Debatte zwischen Sicherheit und Menschenrechten. Es handelt sich um eine konkrete Sorge um Menschen, die keiner Straftat für schuldig befunden wurden, und um die Bedingungen, unter denen sie angeklagt werden. Sicherheit zu gewährleisten, ohne Gerechtigkeit zu garantieren, ist nicht tragbar.

Sehr geehrte First Lady,

wir bitten Sie höflich, Ihre guten Dienste einzusetzen, damit die vom salvadorianischen Staat gegenüber der IACHR bekundete Dialogbereitschaft in konkrete, zugängliche und wirksame Mechanismen umgesetzt wird. Insbesondere bitten wir Sie,

1. So bald wie möglich einen interinstitutionellen Raum für den direkten Austausch zwischen Vertretern der Regierung und Organisationen von Müttern und Angehörigen von Personen zu schaffen, die unter dem Ausnahmezustand inhaftiert wurden, wobei die Sicherheit der Teilnehmer\*innen gewährleistet sein muss



und keine Repressalien gegen sie erfolgen dürfen. Dieser Raum wäre der erste prüfbare Schritt in Richtung des Dialogs, zu dem sich der Staat gegenüber der IACHR verpflichtet hat.

2. Mechanismen für einen zeitnahen Zugang zu Informationen über den Stand des Verfahrens, den Aufenthaltsort und den Gesundheitszustand der Inhaftierten zu fördern, damit ihre Familien ihre Rechte wahrnehmen und ihre Verteidigung angemessen begleiten können.
3. Sich für die Stärkung der Generalstaatsanwaltschaft einzusetzen, damit diese mit den notwendigen personellen und materiellen Ressourcen ausgestattet wird, um eine wirksame und individuelle Verteidigung im Rahmen der Massenprozesse zu gewährleisten.
4. Die Einhaltung der in den Nelson-Mandela-Regeln festgelegten Mindeststandards für eine menschenwürdige Behandlung in allen Haftanstalten des Landes voranzutreiben, unter besonderer Berücksichtigung der Fälle von älteren Menschen, Menschen mit chronischen Erkrankungen oder mit Behinderungen.
5. Die Überprüfung des Rechtsrahmens und der getroffenen Maßnahmen im Bereich der Jugendgerichtsbarkeit voranzutreiben, um deren vollständige Übereinstimmung mit den internationalen Standards der Kinderrechte zu gewährleisten, die eine differenzierte Behandlung von Personen unter 18 Jahren verlangen und die auf deren Wiedereingliederung und das Wohl des Kindes ausgerichtet sind.
6. Dazu beizutragen, eine öffentliche Debatte zu fördern, die anerkennt, dass die Sicherheit der Bürger\*innen und der Schutz der Rechte aller Menschen nicht nur miteinander vereinbar sind, sondern sich gegenseitig ergänzen und notwendig sind, und dass die Glaubwürdigkeit jeglicher Erfolge im Bereich der Sicherheit auch von der Legitimität und der Achtung der Menschenrechte in dem Prozess abhängt, durch den sie erreicht wurden.

Den Müttern heute Gehör zu schenken, ist entscheidend, um zu verhindern, dass sich auf dem Weg zur Sicherheit neue Formen der Ungerechtigkeit verfestigen.

Mit freundlichen Grüßen danken wir Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Ana Piquer

Direktorin für Amerika  
Amnesty International

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das spanische Original:

**El Salvador: Carta abierta a la Primera Dama**

AI-Index: AMR 29/0866/2026, 01. April 2026

<https://www.amnesty.org/es/documents/amr29/0866/2026/es/>

